
Martin Sabrow

Ökumene als Bedrohung. Die Haltung der DDR-Historiographie gegenüber den deutschen Historikertagen von 1949 bis 1962

Erst 1958, fast ein Jahrzehnt nach Gründung der DDR, vollendete sich die institutionelle Spaltung der deutschen Geschichtswissenschaft, entstand neben dem Verband der Historiker Deutschlands (mit Sitz in Göttingen) eine Deutsche Historiker-Gesellschaft (mit Sitz in Leipzig), die in der Folge dem (west-)deutschen „Historikertag“ einen (ost-)deutschen „Historiker-Kongreß“ entgegensetzen sollte. Bis zu diesem Jahr aber hielt auch die DDR-Historiographie ungeachtet ihrer weltanschaulichen Trennung vom „bürgerlichen“ Pendant westlich der Elbe an der Einheit der institutionellen Fachbegegnungen beider Geschichtswissenschaften fest, bis es auf dem 24. Historikertag 1958 in Trier zum manifesten Bruch kam. Die Gründe für diese Verzögerung stehen im Zentrum dieses Beitrags, in dem danach gefragt wird, mit welchen Strategien die zunehmend parteilich gebundene Geschichtswissenschaft der DDR ihren Umgang mit der westdeutschen Historiographie auf der Ebene ihrer zentralen Fachtagungen organisierte, inwieweit sie sich auf ihnen der wissenschaftlichen Herausforderung eines anderen Geschichtsdenkens stellte, inwieweit sie sich gegen sie immunisierte.

Außerhalb dieser Betrachtung können die ersten beiden Nachkriegsversammlungen deutscher Historiker in München 1949 und Marburg 1951 bleiben, mit denen der Verband der Historiker Deutschlands sich den Weg in die internationale Fachöffentlichkeit neu zu bahnen suchte.¹ In München waren unter den 231 Teilnehmern auch neun ostdeutsche Vertreter anwesend. Keiner unter ihnen freilich repräsentierte eine eigenständige DDR-Geschichtswissenschaft, auch wenn der einzige Marxist unter ihnen, Walter Markov, seinen Standpunkt engagiert vertrat. München spiegelte nicht die Trennlinie zwischen Historikern West und Historikern Ost, sondern die schwächer werdende Abwehr einer in Grundfragen noch einheitlichen Historikerschaft gegen die Auswirkungen der politischen Teilung. Entsprechend bemühte Markov selbst sich in seinen Erwidern auf Gerhard Ritters Referat über die „Gegenwartsaufgabe der Historie“ deutlich um Konzilianz und argumentierte ebenso auf dem Boden eines gemeinsamen Wissenschaftsverständnisses wie seine nicht-marxistischen Kollegen Karl Griewank und Fritz Rörig. Die Mehrheit der Tagungsgäste allerdings emp-

fand Markovs Plädoyer für einen marxistischen Zugang zur Geschichte ebenso wie etwa Fritz Rörigs Dank an die Großzügigkeit der „ostzonalen Behörden“ mehr als pflichtschuldige Rücksichtnahme auf die bestehenden Machtverhältnisse denn als Aufforderung zur Auseinandersetzung mit einem anderen Geschichtsbild.² Den vorherrschenden Geist der innerdeutschen Beziehungen auf dem Münchener Historikertag überlieferte Gerhard Ritter in einem späteren Brief an Hermann Heimpel: „Von den Kollegen aus dem Osten sagte mir einer zum Schluß, er habe doch mit Freuden gesehen, daß sie hinter dem Eisernen Vorhang in keiner Weise vergessen wären, sondern sich dankbar eng mit uns verbunden fühlen.“³

In der wissenschaftlichen und populären Publizistik der DDR wurde der Münchener Historikertag ebenso ignoriert⁴ wie zwei Jahre später der Folgekongreß in Marburg. Die Austreibung der „bürgerlichen“ Geschichtswissenschaft in der DDR im Zuge des zwischenzeitlich hereingebrochenen „Sturms auf die Festung Wissenschaft“ ließ sich darin ablesen, daß zur Marburger Versammlung mit Ausnahme Fritz Hartungs überhaupt kein ostdeutscher Historiker mehr erschien. Die zuständige Abteilung Kultur des ZK der SED, die zusammen mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen den Aufbau der marxistisch-leninistischen Historiographie in der DDR vorantrieb, hatte sich mit der Frage einer Teilnahme von DDR-Historikern gar nicht befaßt. Dies zeugte gleichermaßen von der Intensität, mit der der bürgerliche Geist nach dem III. Parteitag der SED von 1950 und dem 4. ZK-Plenum vom Januar 1951 aus den historischen Sektionen der Universitäten in der DDR ausgetrieben wurde, wie die fatale Personalsituation der marxistisch gewendeten Geschichtswissenschaft, die mit Alfred Meusel genau einen einzigen SED-Historiker besaß, der bereits vor 1933 eine Professur besessen hatte – nämlich als Soziologe in Aachen. Nicht-Marxisten aber war mit Ausnahme Hartungs die Reiseerlaubnis nach Marburg offenbar fast ausnahmslos verweigert worden, so daß Hermann Heimpel in einem Tagungsbericht für die Historische Zeitschrift (HZ) nur bedauernd feststellen konnte, „daß mit ganz geringen Ausnahmen Besucher, aber auch in Aussicht genommene Referenten aus der Deutschen Demokratischen Republik ihre Pässe nicht rechtzeitig erhalten hatten“.⁵

Daher konnte sich erst 1953 auf dem Bremer Historikertag zeigen, ob Heimpel mit seiner versöhnlichen Annahme, die Gäste aus der DDR hätten „in Marburg nicht weniger Frieden verspürt als zu Hause“⁶, wenn sie denn hätten kommen können, nicht zuviel versprochen hatte. Denn unter den 700 Teilnehmern der Tagung waren diesmal immerhin 63 aus der DDR, und sie wurden „als Kollegen und Freunde, Brüder und Schwestern aus der DDR“ betont willkommen geheißen.⁷ Zwar fanden im Vergleich zu München marxistische Positionen deutlichere Akzentuierung, doch hatten auch

nicht-marxistische Historiker wie Heinrich Sproemberg und Friedrich Schneider die Reiseerlaubnis zum Besuch des Historikertages erhalten, so daß insgesamt der Charakter eines „gesamtdeutschen Gespräches“ im Zeichen einer gewissen Lockerung der Zügel der DDR-Führung nach dem 17. Juni 1953 gewahrt blieb. In dieselbe Richtung wies das der Tagung gewidmete Beiheft von „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ (GWU), das die von SED-Historikern wie Schilfert, Kamnitzer, Werner und Gentzen vorgebrachten Diskussionsbeiträge als bedenkenswerte Argumente in einem trotz aller Auffassungsunterschiede gemeinsamen historischen Diskurs protokollierte.⁸

Entsprechend berichteten auch die nach Hause zurückgekehrten DDR-Historiker dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen von ihren Eindrücken: Griewank unterstrich besonders Gerhard Ritters Forderung, „daß es nur eine Geschichtswissenschaft in Ost und West geben sollte“ und resümierte: „Die Vorträge [...] standen durchweg auf einem hohen Niveau, zeigten hohen Ernst, große Sachkenntnis und vielfach verfeinerte Methoden der wissenschaftlichen Erkenntnis.“ Soweit Griewank Kritik zu üben hatte, betraf sie eher seine ostdeutschen Kollegen: „In Diskussionen kamen auch einige Redner aus der DDR zu Wort, die es freilich nicht immer mit den Vortragsrednern an Sachkenntnis und methodischer Sicherheit aufnehmen konnten.“⁹ In den Augen Griewanks hatte der Bremer Historikertag einen nützlichen Qualitätsmaßstab geboten und gezeigt, welche Anstrengungen die ostdeutsche Geschichtswissenschaft in der Zukunft zu unternehmen hätte, um mit den Leistungen ihrer westdeutschen Kollegen Schritt zu halten. Wenn er sich daher überzeugt zeigte, daß „dieses Zusammentreffen der gesamtdeutschen Wissenschaft wie auch der Arbeit der Historiker der DDR eine große Hilfe gewesen sein wird“,¹⁰ so traf er damit die gleichgerichtete Stellungnahme Hans Haussherrns, der seinen gleichfalls an das Staatssekretariat gerichteten Report mit dem Bekenntnis schloß, „daß fruchtbare Arbeit nur möglich ist, wenn man in regelmäßigem Kontakt mit den Historikern ganz Deutschlands bleibt.“¹¹

Ungewollt demonstrierten diese Berichte, die über den Gegensatz zwischen Marxisten und „Bürgerlichen“ kein Wort verloren und die vermeintliche Überlegenheit der marxistischen über die bürgerliche Geschichtswissenschaft nur zu deutlich als lächerliche Anmaßung bloßstellten, den SED-Wissenschaftspolitikern die gefährlichen Folgen, die eine im fachwissenschaftlichen Austausch sich selbst überlassene und ihren eigenen Gesetzen folgende Geschichtswissenschaft auf die ideologische Stabilität der staatssozialistischen Herrschaft ausüben würde. Weit entfernt davon, die ihr von Wilhelm Pieck auf dem III. Parteitag der SED vorgezeichnete Rolle in der sozialistischen Revolution zu übernehmen,¹² lief sie Gefahr, geradewegs

durch die „imperialistische“ Historiographie des Westens aufgesaugt zu werden. Eine Bestätigung dieser Vermutung mußte aus dieser Sicht die Berichterstattung über den Bremer Historikerkongreß in der westlichen Presse liefern. So zitierte der örtliche Weser-Kurier den Dank des Potsdamer Archivars Loetzke „für die ‘offenen Arme, offenen Hände und offenen Herzen’, die sie in der Hansestadt gefunden hätten“, und wußte sich einig mit der Erklärung des Direktors des Staatsarchivs Weimar, Flach: „Heute [...] seien sie nichts anderes als deutsche Kollegen unter deutschen Kollegen. Beruhigend sei für die Gäste aus der Ostzone, festzustellen, daß die Wissenschaftler alle von den gleichen Problemen beschäftigt würden, daß sie die gleiche Einstellung zur Sache hätten und daß sie alle die gleiche Arbeit leisteten.“¹³

Anders wurde derselbe Historikertag freilich in den Berichten parteiloyalere DDR-Historiker bewertet. Die für die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) angereisten Joachim Streisand und Fritz Klein gingen in ihrer Darstellung von einem unüberbrückbaren Graben zwischen den „Anhängern der materialistischen Geschichtsauffassung“ und den Propagandisten „imperialistische(r) Ideologien“ aus.¹⁴ Wenn sie dennoch „entschieden für die sachliche Auseinandersetzung zwischen Anhängern verschiedener Auffassungen“ plädierten, dann trug dieser Appell nur äußerlich noch die Züge einer prinzipiell offenen Diskussion unter Wissenschaftlern: „Selbstverständlich werden dabei in der Sache selbst keinerlei Konzessionen gemacht werden dürfen.“¹⁵ Der Sinn der von Klein und Streisand gesuchten Auseinandersetzung war wissenschaftlich und politisch zugleich. Er zielte darauf, „durch geduldige Kleinarbeit denjenigen Historiker, die sich nicht fest dem Adenauer-Kurs verschrieben haben, klar zu machen [...], wie falsch die Auffassungen sind, denen sie noch anhängen und welche Gefahr die Verbreitung dieser Auffassungen für das deutsche Volk heraufbeschwören.“¹⁶ Anders als für die gegenüber dem SED-Apparat unbefangenen argumentierenden Nicht-Marxisten bedeutete es für die leitenden Redakteure der ZfG eine schwierige Gratwanderung, dem politischen Auftrag der SED und den eigenen wissenschaftlichen Ansprüchen zugleich zu genügen, den politischen Gegner nicht zu unterschätzen und doch für den fortgesetzten Austausch mit seiner Geschichtswissenschaft zu plädieren. Klein und Streisand retteten sich, indem sie ungeachtet der freundlichen Atmosphäre des Kongresses ein düsteres Bild von der Lage der westdeutschen Historiographie zeichneten und ihr ebenso ein deutliches „Wiederaufleben faschistischer Tendenzen auch in der Wissenschaft“ attestierten wie die mangelnde Bereitschaft, sich auf marxistische Fragestellungen überhaupt einzulassen.¹⁷

Um einen weiteren Gedankenaustausch mit der Gegenseite überhaupt rechtfertigen zu können, mußte zunächst die grundsätzliche Überlegenheit der marxistischen über die bürgerliche Historiographie verbürgt sein. So erklärt sich, warum Heinz Kamnitzer seine ausführliche Wiedergabe der Vorträge Ritters, Schieders und Brunners unvermittelt in das Ergebnis zusammenfaßte, „daß unsere Erfolge auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft – soviel sie noch zu wünschen übrig lassen – gegenüber dem Eindruck von dieser Tagung der Historiker in Bremen bedeutsam erscheinen. Die Hilflosigkeit der bürgerlichen Historiker und die Überlegenheit der marxistischen Historiker ist wohl allen Genossen auf diesem Kongreß klar geworden.“¹⁸ Nur unter dieser Voraussetzung konnten die ostdeutschen Tagungsbeobachter gegenüber der Abteilung Wissenschaft für die Fortsetzung einer „auf hohem theoretischen Niveau stehende(n) Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtswissenschaft“ werben, „die, wenn sie auf soliden Fachkenntnissen aufgebaut ist und einen allzu propagandistisch-agitatorischen Ton vermeidet, auf die Dauer ohne Zweifel bei den jüngeren historisch interessierten Menschen in Westdeutschland wirken wird.“¹⁹

Auf so befestigter Argumentationsgrundlage nutzten Klein und Streisand die Gelegenheit, die Position ‘aufgeschlossener bürgerlicher Gelehrter’ in der DDR zu stützen und sich gleichzeitig gegen die wachsende Abschottung der eigenen Geschichtswissenschaft zu stemmen, wie sie den Geschichtsfunktionären der SED vorschwebten: „Gute Verbindungen mit westdeutschen Historikern hat von den Historikern der DDR als einziger Prof. Sproemberg herstellen können. Er hat mit großem Erfolg eine Reihe seiner Schüler, unter denen sich auch Marxisten befinden, mit verschiedenen westdeutschen Historikern bekannt gemacht, hat eine Reihe von Gastvorträgen westdeutscher Gelehrter in der DDR vereinbart und für Mitarbeiter seines Instituts Einladungen zu Gastvorträgen nach Westdeutschland erreichen können. Man muß sich klar darüber sein, daß die Gründung einer eigenen Historischen Gesellschaft in der DDR dieser Wirksamkeit ausgesprochen schädlich sein würde.“²⁰ Aus dem Bewußtsein heraus, daß in Westdeutschland „einer wirklich überzeugenden wissenschaftlichen Leistung des Marxismus gegenüber ein gewisses Maß von Aufgeschlossenheit“ vorausgesetzt werden könne, schlugen Streisand und Klein vor, den Bremer Historikertag in der ZfG durch Tagungsberichte und ein Geleitwort zu würdigen, das „nochmals den Dank für die Gastfreundschaft ausspricht, die erste Sorge über die Entwicklungstendenzen in Westdeutschland deutlich macht und sachlich über die historischen Arbeiten in der DDR informiert.“²¹

Auch in diesen Äußerungen von SED-Historikern wurden keineswegs die Konturen einer zuverlässig den Legitimationsinteressen des Regimes dienenden Geschichtswissenschaft sichtbar, sondern das Programm einer offenen Konkurrenz unterschiedlicher Weltanschauungen und Methoden, in der sich die wissenschaftliche Überlegenheit des Marxismus täglich aufs Neue bewähren mußte. Unter den ostdeutschen Tagungsbeobachtern war 1953 nur einer, nämlich Gerhard Schilfert, der diese Auffassung in seinem Bericht als naiv zurückwies und sich angesichts der konservativen Gesamthaltung des Verbandes fragte, ob „es unter gegebenen Umständen überhaupt noch zweckmäßig sein kann, daß weitere Historiker der DDR Mitglieder des VHD werden“.²² Während Schilfert mit seinem Vorschlag, dies zum „Gegenstand von Beratungen [...] und zwar zunächst einer internen der Parteimitglieder und sodann einer Beratung aller Historiker der DDR“²³ zu machen, der Zukunft noch vorgriff, stimmte Klein mit der Abteilung Wissenschaft eine Berichterstattung über den Kongreß in der ZfG ab, die dem von den Nicht-Marxisten erzeugten Eindruck wissenschaftlicher Eintracht zwischen Ost und West entgegenwirken sollte. Schon sein Gesamturteil, daß erstens „alles getan werden (muß), um das in Bremen begonnene Gespräch zwischen Wissenschaftlern aus Ost und West fortzusetzen“, und zweitens „stärker und konsequenter als bisher der Kampf gegen die imperialistische Ideologie in der westdeutschen Geschichtswissenschaft geführt werden“²⁴ müsse, ließ erkennen, wie illusionär die Hoffnungen waren, die die „freudig begrüßte Wiederaufnahme abgeschnürter Verbindungen“²⁵ in Bremen erweckt hatten.

Daß im selben ZfG-Heft Kamnitzer den Vortrag Theodor Schieders zur Krise des bürgerlichen Liberalismus mit polemischen Bemerkungen zur Schieders Haltung im Dritten Reich kommentierte,²⁶ ließ den VHD-Ausschuss im April 1954 sogar zum Entwurf einer förmlichen „Heppenheimer Erklärung“ greifen, die die ZfG-Veröffentlichung „als eine politische Diffamierung durch Umdeutung wissenschaftlicher Einsichten“ zurückwies.²⁷ Dennoch: Mochte auf der einen Seite Gerhard Ritter es mit seiner Würde als Historiker noch für vereinbar erachtete, sich überhaupt „durch den Verband gegen diese kläffenden Hunde decken zu lassen“,²⁸ so sah auf der anderen Seite Ludwig Dehio die Basis fruchtbarer wissenschaftlicher Diskussion zwischen Ost und West durchaus noch gewahrt und setzte sich in der HZ so ausführlich wie differenziert mit der Berichterstattung der ZfG auseinander.²⁹

Bis zum Bremer Historikertag zeigte die Haltung der im Aufbau begriffenen 'sozialistischen deutschen Geschichtswissenschaft' gegenüber ihrem westdeutschen Gegenüber eine seltsame Uneinheitlichkeit und Konzeptionslosigkeit. Zwar waren die Historiker der DDR schon 1952 zu „ent-

schlossene(n) Stellungnahmen gegen solche unwissenschaftlichen Auffassungen wie den Objektivismus und den Kosmopolitismus“ aufgefordert und auf die Aufgabe verpflichtet worden, „mit ihren Mitteln die Überzeugung vom Sieg des Sozialismus zu prägen“.³⁰ Doch nicht nur die Folgen des Aufstands von 1953 bremsten vorerst das Tempo der hierin beschlossenen „geschichtsideologischen“ Umgestaltung. Denn wenn auf dem Felde der Geschichtswissenschaft gleichzeitig der „Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands auf antiimperialistisch-demokratischer Grundlage“ – den Meusel zur Schlüsselaufgabe der DDR-Historiographie erklärt hatte³¹ – zu führen war, konnte die neue Geschichtswissenschaft, die gleichzeitig eigenständig und dialogfähig bleiben sollte, sich nur behaupten, wenn sie ihre wissenschaftliche Überlegenheit nach innen wie nach außen unter Beweis stellen würde. Davon allerdings konnte 1953 ungeachtet der optimistischen Tagungsberichte der ostdeutschen Parteihistoriker keine Rede sein.

Als drei Jahre später der nächste deutsche Historikertag heranrückte, hatte der Institutionalisierungsprozeß der DDR-Historiographie erhebliche Fortschritte gemacht, wenn auch das mit der Niederschlagung des Ungarnaufstandes besiegelte Ende des Tauwetters erst in die Zeit nach dem Historikertag fiel. So waren im Zuge der 2. Hochschulreform die historischen Institute an den Universitäten unter stärkerer Betonung der Lehre umstrukturiert und zur Konzentrierung der historischen Forschung ein eigenes Institut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften geschaffen worden. Diese Entwicklung war wesentlich beschleunigt worden durch einen Beschluß des ZK der SED über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ vom Juli 1955, der die „fortschrittliche deutsche Geschichtswissenschaft“ zu einer „scharfe(n) ideologische(n) Waffe“ erklärte und sie auf den „Kampf gegen die verderbliche Ideologie der imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland“ verpflichtet hatte.³² Wie die interne Diskussion der ersten Entwürfe dieser Beschlußfassung zeigten, erkannten die befragten Historiker das in dieser Forderung enthaltene Dilemma besser als die Wissenschaftsfunktionäre in der Abteilung Wissenschaft und Propaganda. Besonders Meusel verwahrte sich in eintreffenden Beratungen gegen die Zumutungen der Partei: „Man sieht in uns Historiker immer wieder politische Publizisten (...), man muß immer wieder sagen, daß wir Wissenschaftler zuerst sind.“³³ Den Ausführungen der Beschlußvorlage über „den völligen Bankrott der reaktionären imperialistischen Geschichtsschreibung in Westdeutschland, die ein Instrument der gefährlichsten Feinde der deutschen Nation, der deutschen Imperialisten und Militaristen zur ideologischen Kriegsvorbereitung geworden

ist“³⁴ hielt Meusel entgegen: „Wenn diese Seiten in dieser Form veröffentlicht werden, so wird die Tür zu einem Gespräch mit westdeutschen Historikern, die schon jetzt halb geschlossen ist, vollends zugeschlagen. [...] Diese Art der Argumentation veranlaßt die weniger reaktionären Historiker dazu, sich mit den reaktionärsten zu solidarisieren. Der Professor in Westdeutschland [...] betrachtet sich nicht als einen Mann, der um bestimmter politischer Zwecke und Ziele willen fälscht, verheimlicht und entstellt, sondern als einen Gelehrten, der sich um die wissenschaftliche Wahrheit bemüht. Das ist gewiß eine Ideologie im Sinne des falschen Bewußtseins. Aber man kann einen Menschen, der in einer Ideologie befangen ist, nicht dadurch kurieren, daß man ihm eine Reihe von Vorwürfen macht, die ihn gar nicht überzeugen.“³⁵ Im Wortlaut des ZK-Beschlusses setzte sich die Linie der ZK-Abteilung durch, die im Zweifelsfall die politische Dienstbarkeit ihrer Geschichtswissenschaft höher schätzte als deren wissenschaftliche Überzeugungskraft in der Bundesrepublik. In der fachlichen Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen aber blieb den Historikern der DDR vorerst noch ein gewisser Handlungsspielraum, der ihnen mit der weiteren Teilnahme am ökumenischen Diskurs der Historiker auch die Fortführung eines gemeinsamen wissenschaftlichen Selbstverständnisses zugestand.

Der Ulmer Historikertag 1956 bot Gelegenheit, Chancen und Risiken dieser Haltung näher zu erproben. Schon im Jahr zuvor hatten Historiker und SED-Apparat im Zusammenhang mit dem Internationalen Historikerkongreß von Rom Erfahrungen gesammelt, die in ihre Vorbereitung auf den Ulmer Kongreß einfließen und insbesondere die Zusammenstellung und Lenkung der zu entsendenden Delegation betrafen. Ihr war für Rom aufgetragen worden, die „Geschichtsschreibung der Arbeitarklasse [...], die eigene Ergebnisse und Leistungen aufzuweisen hat“, nach Bremen nun auch auf internationaler Bühne vorzustellen und durch „ihr Auftreten [...] die Lügen über die DDR im allgemeinen und ihre Geschichtswissenschaft im besonderen zu zerschlagen“. An welche Lügen gedacht war, verstand sich ohne viele Worte: „DDR abhängiger Satellitenstaat, Zersetzung der Geschichtswissenschaft, totalitäres Regime des Zwanges, keine wirkliche Wissenschaft.“³⁶ Zu diesem Zweck war für Rom eine elfköpfige Relsegruppe unter Leitung von Alfred Meusel gebildet werden, zu der mit Markov, Hausscherr, Schneider und Sproemberg auch vier Parteilose zählten, damit der internationalen Fachwelt „auch die Freiheit für die bürgerlichen Historiker und ihre Leistungen“ in der DDR demonstriert werden konnten.³⁷

Doch war es mit dem Zusammenhalt und der Außenwirkung der sorgsam ausgewählten Delegation während des Kongresses offenbar nicht eben

weit her gewesen, obwohl die Abteilung Wissenschaft ausdrücklich betont hatte: „Keine entscheidenden Schritte unternehmen ohne Beratung.“³⁸ Nicht nur waren auf Kosten der Akademie der Wissenschaften zwei weitere bürgerliche Historiker aus der DDR – nämlich Hohl und Hartung – mitgeführt, „die es ablehnten, sich an der Delegation zu beteiligen“.³⁹ Auch mußte der Delegationssekretär in seiner Berichterstattung gegenüber der Abteilung Wissenschaften des ZK einräumen, daß von einer Zusammenarbeit der SED-Vertreter mit den Parteilosen und Bürgerlichen „kaum gesprochen werden“ konnte: „Schneider und Haussherr mieden uns demonstrativ.“ Auch waren zwar schon vor der Abreise „einige Genossen mit der Vorbereitung von Diskussionsbeiträgen beauftragt“ worden, aber dann doch nur zehn von insgesamt sechzig Wortmeldungen des sozialistischen Lagers von „DDR-Genossen“ gekommen. Der Berichterstatter relativierte daher seine „ansehnliche Erfolgsbuchung“ selbst mit der besorgten „Frage, ob wir wirklich alles getan haben, um unser Auftreten in Rom noch wirkungsvoller zu gestalten“.⁴⁰ Die Antwort lieferte eine SED-Hausmitteilung, in der die Abteilung Außenpolitik des ZK ihre Genossen von der Wissenschaft darauf aufmerksam machte, „daß die einflußreiche bürgerliche, französische Tageszeitung ‘Le Monde’ zwei Artikel [...] über den X. Historikerkongreß in Rom veröffentlicht (hat), ohne auch nur mit einem Wort die Delegation aus der DDR zu erwähnen“.⁴¹

Mit Hilfe einer verbesserten Organisation und Vorbereitung, so lautete die Lehre von Rom, müßte es möglich sein, sich in der Konkurrenz mit der westlichen Gegenseite zu behaupten, ohne entweder die eigene Geschlossenheit zu riskieren oder aber den Verlust jeder Ausstrahlung auf die Aufgeschlosseneren unter den bürgerlichen Historikern. So sollte der Ulmer Historikertag 1956 den letzten Versuch markieren, der westdeutschen Geschichtswissenschaft eine ostdeutsche entgegenzustellen, die die „Ökumene der Historiker“ nicht verließ, bis kurz darauf das Ende des „Tauwetters“ zu einer grundsätzlichen Neuorientierung in der SED-Wissenschaftspolitik führen sollte.

Für die Ulmer Tagung bereitete die Abteilung Wissenschaft und Propaganda eine eigene Beschlußvorlage an das ZK der SED vor, das eine vierzigköpfige Reisegruppe unter Leitung von Meusel nominierte. 29 der Vorgeschlagenen gehörten der SED an, und sie wurden als eigene Parteigruppe unter Leitung von Heinrich Scheel und Joachim Streisand zusammengefaßt. Die Delegation hatte einen klar umrissenen Auftrag erhalten, der neben dem „Studium ... der Kräfteverhältnisse in den verschiedenen Zweigen der westdeutschen Geschichtswissenschaft“ die Auseinandersetzung mit reaktionären Auffassungen und die Kontaktaufnahme mit „ehrlich dem Frieden und der Wissenschaft ergebenden westdeutschen Historikern“ vor-

sah. Eine Anlage listete detailliert auf, welcher DDR-Historiker zu welchem Tagungsreferat einen Diskussionsbeitrag zu halten hatte.⁴² Solcherart gerüstet, gelang es der ostdeutschen Historikergruppe tatsächlich, in Ulm in einer Weise in Erscheinung zu treten, daß Herbert Grundmann in seinem Tagungsbericht für die GWU ausdrücklich die lebhafteste „Resonanz jenseits der Elbe“ hervorhob und neben dem auffällig ‘auf den Grundton höflicher Sachlichkeit gestimmten’ Auftreten der DDR-Gruppe insgesamt die beachtenswerten Ausführungen einzelner ihrer Redner lobte.⁴³ Ganz wie es die zuständige ZK-Abteilung schon für Rom geplant hatte, war es in Ulm auch in den Augen der westlichen Gegenseite im ganzen gelungen, prinzipielle Festigkeit mit taktischer Flexibilität zu vereinbaren: „Daß auf diese Weise manchmal eine Art Gespräch über die von außen erzwungene Binnengrenze hinweg zustande kam, war gewiß ein Gewinn, hoffentlich für beide Seiten. Ließ sich auch der unüberbrückbare Gegensatz der Wissenschaftsauffassungen nicht immer umgehen, so vermied man es doch zumeist, einander in diese Kluft zu drängen.“⁴⁴

Eine indirekte Bestätigung dieses Urteils lieferte die Berichterstattung über den Ulmer Historikertag in der DDR-Publizistik. Allen voran die ZfG vermied eine Wiederholung ihrer folgenreichen Attacken von 1953. Sie würdigte schon in einer ersten Stellungnahme die „liebenswürdige Aufnahme in der Stadt Ulm“ nicht weniger honorig als den „großen, brillant formulierten und vorgetragenen Eröffnungsvortrag von Hermann Heimpel“, und kündigte an, „die in Ulm begonnene Diskussion zwischen den Historikern aus Ost und West von unserer Seite fortzusetzen“.⁴⁵ Die Zeitschrift löste ihr Versprechen ein. Die beiden Folgeummern befaßten sich ausführlich, sachlich und konstruktiv mit den Hauptvorträgen der einzelnen Sektionen; den einzelnen Kommentaren vorangestellt war eine Einleitung der Redaktion, die der westdeutschen Geschichtswissenschaft bescheinigte, sich selbst bereits weitgehend von rückwärtsgewandten Geschichtsauffassungen gelöst zu haben.⁴⁶

Doch dieses Programm einer produktiven Herausforderung des traditionellen Historismus auf dem Boden eines gemeinsamen Wissenschaftsverständnisses blieb Utopie. Statt dessen sollten schon zwei Jahre später mit der Gründung der Deutschen Historiker-Gesellschaft und dem Bruch von Trier die letzten Brücken zwischen den beiden deutschen Geschichtswissenschaften abgebrochen werden. Die Gründe für diesen schroffen Umschwung wurzelten nicht nur in den politischen Folgen des niedergeschlagenen Ungarnaufstandes in den Ostblock-Staaten, sondern mehr noch in einem unlösbaren Dilemma der SED-Geschichtswissenschaft selbst, wie die DDR-interne Berichterstattung über die Ulmer Tagung bei näherem Hinschauen zeigte. Denn die „besondere Aufmerksamkeit“, die nach Auffas-

sung der ZfG-Redaktion „die Zuhörer aller Sitzungen den zahlreichen Diskussionsbeiträgen der marxistischen Historiker geschenkt hatten“,⁴⁷ bedeutete ja durchaus nicht den Stabilitätsgewinn für das eigene Lager, den die Abteilung Wissenschaft und Propaganda durch ihre sorgsame Lenkung der DDR-Delegation zu erzielen geglaubt hatte, sondern vielmehr eine gesteigerte Herausforderung an die Konkurrenzfähigkeit der marxistischen gegenüber anderen Schulen mit unabsehbaren Folge: „Die gesteigerte Aufnahmebereitschaft für die marxistische Interpretation der Geschichte, die wir in Ulm feststellen konnten, erinnert den marxistischen Historiker an die große Verantwortung, die er bei seiner Arbeit trägt. Es soll hier nicht verhehlt werden, daß nach unserer Meinung neben vorbildlichen Werken der marxistischen Historiographie in der Vergangenheit auch eine große Zahl von Arbeiten entstanden ist, die zwar von Marxisten erfaßt, aber nicht geeignet sind, die Überlegenheit der marxistischen Geschichtswissenschaft überzeugend nachzuweisen. Dazu hat sich die Tendenz der vergangenen Jahre zur dogmatischen Erstarrung des wissenschaftlichen Sozialismus auch auf die marxistische Geschichtswissenschaft zu stark ausgewirkt.“⁴⁸ Eine Geschichtswissenschaft aber, die sich nicht nur ungeschützt der Kritik durch konkurrierende Deutungskonzepte auszusetzen bereit war, sondern im Interesse ihrer wissenschaftlichen Reputation auch lästiger ideologischer Fesseln zu entledigen bereit war, konnte auf Dauer um so weniger zum Instrument der politischen Legitimationsbedürfnisse in der sozialistischen Diktatur taugen, als sie den entscheidenden Graben zur gegnerischen „bürgerlichen“ Historiographie bereits mit dem Verzicht auf das historische Wahrheitsmonopol des marxistischen Geschichtsdenkens zugeschüttet hatte. Im Gegenteil: Das Konzept einer fruchtbaren Konkurrenz von Marxisten und Nicht-Marxisten in der historischen Wissenschaft bedrohte in seiner Konsequenz die Herrschaft der SED über die Historie in der DDR und aviserte die Wiedervereinigung der Wissenschaft hinter dem Rücken der Politik.

Der Kurswechsel der SED zu Ende des Jahres 1956 zog entscheidende Veränderungen in der Wissenschaftspolitik nach sich. Mit seiner 30. Plenartagung vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 führte das ZK in der Sprache der SED „die prinzipielle Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten des Revisionismus fort. Von grundsätzlichem marxistisch-leninistischem Standpunkt deckte es die Hintergründe und die konterrevolutionären Ziele der revisionistischen Angriffe gegen die Politik der SED auf.“⁴⁹ Eine Welle antirevisionistischer Kritik und Selbstkritik rollte über die Intellektuellen der DDR hinweg, die in der Abteilung Wissenschaften selbst Kurt Hager nicht aussparte. Im Zusammenhang mit der Verhaftung von Wolfgang Harich und Walter Janka wurden Fritz Klein und Joachim

Streisand als Chefredakteure der ZfG abgelöst, geriet am Museum für Deutsche Geschichte dessen Direktor Alfred Meusel unter heftigen Beschuß und wurde am Akademie-Institut für Geschichte der ursprünglich als Leiter vorgesehene Jürgen Kuczynski Zielscheibe einer über einjährigen Auseinandersetzung mit „Revisionismus“ und „Objektivismus“. Parallel zu einer entsprechenden Debatte in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie zielte die „antirevisionistische Kritik“ auf den besitzbaren Charakter der sozialistischen Wissenschaft, der nicht nur aufgrund ihrer marxistischen Theoriegrundlage ein struktureller Erkenntnisvorsprung gegenüber dem „bürgerlichen“ Geschichtsdenken zukommen, sondern in der Einheit von Objektivität und Parteilichkeit den Schlüssel zur historischen Wahrheit gefunden habe, der dem bürgerlich befangenen Objektivismus grundsätzlich verborgen bleiben müsse. Mit der normativen Durchsetzung dieser Grundkategorie einer instrumentellen Wissenschaft, die die politische Nützlichkeit zum obersten Kriterium ihrer wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit erklärte, konnte im Laufe des Jahres 1957 die jahrelang eher zögerlich betriebene Verwandlung der ostdeutschen Historiographie in eine historische Legitimationswissenschaft zügig vorangetrieben werden. Der Umbruch von 1957 zog die Konsequenz aus der Erfahrung, daß es illusorisch gewesen war, eine nach innen in der Herrschaftsabsicherung wie nach außen in der Systemkonkurrenz ideologisch gleichermaßen erfolgreiche Geschichtswissenschaft in der DDR etablieren zu können. Mit der Relativierung der historischen Erkenntnis durch die postulierte Verschmelzung von politischer Zweckbindung und wissenschaftlichem Wahrheitsstreben konnte das bislang uneinheitliche und bröckelnde Gebäude einer eigenen DDR-Geschichtswissenschaft wirksam gestützt werden. Der Preis seiner dadurch zu gewinnenden Stabilität war freilich die Errichtung einer Brandmauer zum westlichen Nachbarhaus auch in institutioneller Hinsicht, wie sich am abrupten Stellungswechsel der DDR-Historiographie gegenüber den VHD-Tagungen ablesen ließ.

Schon bald, nachdem die ZfG das Ulmer Treffen ausführlich gewürdigt hatte, erschien im SED-Organ „Einheit“ ein Artikel über die „Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“, der unter Berufung auf die 30. ZK-Tagung eine Attacke auf die „Konzeption der ideologischen Koexistenz“ ritt, die „das marxistische Prinzip vom unversöhnlichen Gegensatz und Kampf zwischen der Ideologie der Arbeiterklasse und der Ideologie der Bourgeoisie“ revidiere.⁵⁰ Der Autor Ernst Hoffmann, Lehrstuhlinhaber an der Parteihochschule Karl Marx, befaßte sich besonders mit der Berichterstattung der ZfG über den Ulmer Historikertag, in der die Fortsetzung des wissenschaftlichen Meinungsaustauschs zwischen Marxisten und Nicht-Marxisten als für beide

Seiten fruchtbar bewertet worden war: „Diese Einschätzung geht nicht von der Hauptfrage, dem wissenschaftlichen Kampf gegen die imperialistische Geschichtsschreibung, aus. Wenn man aber von dieser Hauptfrage abstrahiert, dann gleitet man, ob man will oder nicht, auf die Position der wissenschaftlichen Koexistenz ab. Wissenschaftlicher Meinungs-austausch, fruchtbringende Auseinandersetzung und nationales Zusammenfinden zwischen deutschen Historikern aus Ost und West, all dies kann nur dann die Sache der fortschrittlichen Wissenschaft, des Friedens und der nationalen Verständigung voranbringen, wenn es auf der Grundlage des unversöhnlichen Kampfes gegen die imperialistische Geschichtsschreibung vor sich geht. Auf dieser Basis sind alle Kontakte mit westdeutschen Historikern fruchtbringend und erstrebenswert.“⁵¹ Deutlicher konnte die *universitas litterarum* kaum aufgehoben, schroffer die Kündigung des wissenschaftlichen Grundkonsenses schwerlich formuliert werden.

Die fast gleichzeitige Entlassung Fritz Kleins als Chefredakteur der ZfG deutete schon an, daß Hoffmanns Artikel die höheren Weihen der SED-Führung besaß. Schon vorher war Alfred Meusel mit seiner Anregung gescheitert, „daß eine Anzahl von unseren Genossen Historikern in den Deutschen Historikerverband eintreten sollte“.⁵² Meusel hatte seine Argumentation auf politische und wissenschaftliche Erwägungen zugleich gestützt und betont, daß der „Ulmer Historikerkongreß der erste gesamtdeutsche gesellschaftswissenschaftliche Kongreß (war), auf dem ein wirkliches Ost-West-Gespräch zustande kam“.⁵³ Infolge des Kurswechsels, der die Gefahren der grenzüberschreitenden Historikerbeziehungen höher einstuft als ihre Chancen, mußten Meusels Urteile als zumindest illusionär erscheinen, und die Abteilung Wissenschaften bedeutete dem Direktor des Museums für deutsche Geschichte kurzerhand, „daß über den Eintritt von DDR-Historikern in die Historikerverband noch ‘Verhandlungen schwebten’“.⁵⁴ Mit dieser Abfertigung hatte die politische Lenkung der historischen Wissenschaft auch für einen parteiloyalen Marxisten die Grenzen ihrer Legitimationskraft überschritten, wie Meusels erboste Reaktion verriet: „Als ich Student war und natürlich auch später habe ich die Frage, ob ich in eine Gesellschaft eintreten bzw. aus einer solchen austreten wollte, völlig selbstständig entschieden. Obwohl ich mir darüber klar bin, daß heute eine ganz andere Situation vorliegt, will es mir schwer einleuchten, daß in meinem sechzigsten Jahr die Entscheidung darüber, ob ich in eine wissenschaftliche Gesellschaft eintreten kann, von Verhandlungen abhängig gemacht wird, die irgendwo schweben, wo, weiß ich nicht, auf die ich aber jedenfalls nicht den geringsten Einfluß besitze.“⁵⁵

Meusel half seine Gegenwehr nichts. Zu einem kollektiven Beitritt marxistischer Historiker in den VHD kam es nicht. Statt dessen wurde im

Frühjahr 1958 auf DDR-Seite eine eigene Historiker-Gesellschaft ins Leben gerufen, die dem Aufbau der parteimarkistischen Historiographie als wissenschaftlichem System weitere institutionelle Sreben einzog. Die langwierige Geschichte ihrer Gründung ist hier nicht zu verfolgen.⁵⁶ Ungeachtet aller Anstöße hatte der 1955 explizit in den Geschichtsbeschuß des ZK aufgenommene Vorbereitungsprozeß⁵⁷ immer wieder gestockt, was DDR-Historiker rückblickend selbst auf die „teilweise auftretende Neigung zur ideologischen Koexistenz“ zurückzuführen pflegten, die besonders „aus Fehlenschätzungen der Geschichtsschreibung der BRD“ erwachsen sei.⁵⁸ Auch hier erwies sich als eigentlicher Auslöser die Haltung der DDR-Seite auf dem Ulmer Historikertag, die die gefährliche „Tendenz, vor der bürgerlichen Geschichtsideologie zurückzuweichen“, so offenbar gemacht hatte, daß nun die Führung der SED selbst „mit Umsicht und Einfühlungsvermögen“⁵⁹ den Gründungsprozeß einer ostdeutschen Historikergesellschaft beschleunigte. Anders, als ursprünglich geplant, wurde schließlich auch nicht einer der älteren Vertreter des gesamtdeutschen Gespräches wie Alfred Meusel Präsident der neuen Gesellschaft, sondern mit dem Leipziger Ernst Engelberg ein prononcierter Anhänger des auf klare Abgrenzung pochenden Geschichtsdiskurses in der DDR.

Im Februar 1958 leitete die Abteilung Wissenschaften dem ZK eine Beschlußvorlage zu, die als Gründungsdatum der neuen Fachinstitution symbolträchtig den „18. und 19. März 1958 anläßlich der Wiederkehr des 18. März 1848 in Berlin, des 18. März 1871 (Pariser Kommune) und der entscheidenden Kampfstage bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches durch die deutsche Arbeiterklasse“ festlegte.⁶⁰ Daß der eigentliche Zweck der neuen Vereinigung darin bestand, die Geschlossenheit der eigenen Geschichtswissenschaft durch Abgrenzung von der westdeutschen Disziplin zu erhöhen, ergab sich aus der dem ZK-Sekretariat übermittelten Begründung: „Die ‘Deutsche Historiker-Gesellschaft’ soll eine klare Abgrenzung gegenüber den herrschenden Kräften im westdeutschen Verband der Historiker ausdrücken. Mit ihrer sollen sich die Historiker gleichzeitig klar entscheiden in ihrer Stellung gegenüber der westdeutschen Geschichtsschreibung und ihren Vertretern.“⁶¹ Folgerichtig faßte das Präsidium des im gegründeten DDR-Verbandes schon im April 1958 einen Beschluß über die Doppelmithedschaft in den konkurrierenden Historikervereinigungen, der den Bruch von Trier insgeheim bereits vorwegnahm: „Für Angehörige der Deutschen Historiker-Gesellschaft ist eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Verband der Historiker Deutschlands (Westdeutschland) nicht möglich. Das ergibt sich aus dem völlig unterschiedlichen Charakter der beiden Organisationen. Die Deutsche Historiker-Gesellschaft ist die Vereinigung marxistischer und anderer fortschrittlicher Historiker auf dem Gebiet der

DDR, während der westdeutsche Historiker-Verband unter Führung von Historikern steht, die Apologeten des westdeutschen imperialistischen Natoregimes sind und der Arbeiter- und Bauernmacht feindlich gegenüberstehen. Von den Mitgliedern der Deutschen Historiker-Gesellschaft muß daher erwartet werden, daß sie ihre Mitgliedschaft im westdeutschen Historiker-Verband zurückziehen.“⁶²

Zülig erlangte so auf der paradigmatischen Grundlage der Einheit von Objektivität und Parteilichkeit ein wissenschaftlicher Fachdiskurs normative Alleingeltung, der des flankierenden Parteieingriffs immer weniger bedurfte, sondern den epistemologischen Bruch mit der „imperialistischen Historiographie“ zum integralen Teil seines Wissenschaftsverständnis machte. In diesem Sinne insistierte in der Vorbereitung zum Historikerkongreß von Trier das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen im Juni 1958 auf den „Prinzipien der Geschlossenheit der Delegation der Historiker aus der DDR“ und vertrat in deutlicher Wendung gegen die noch in gesamtdeutscher Tradition wurzelnden SED-Historiker „die Auffassung, daß vor allem die jüngeren Genossen berücksichtigt werden sollten, um auf diesem Kongreß die Möglichkeit zu erhalten, ihre Kenntnisse unter Beweis zu stellen.“⁶³ Vorbei war die Zeit, in der ostdeutsche Fachkollegen auch auf eigene Rechnung die Einladung des VHD annehmen konnten und in den Delegationen Marxisten wie Nicht-Marxisten vertreten waren. Das Anwahlverfahren zog die Abteilung Wissenschaften des ZK an sich, und sie legte sich im Juli 1958 auf „eine etwa 20 Mann starke Delegation“ fest, „die gut auf die Teilnahme vorbereitet sein muß“. Die Vorschlagsliste der Abteilung führte mit Ausnahme von Walter Markov und Eduard Winter nur SED-Mitglieder auf, und hinter Markovs Namen war zusätzlich ein Fragezeichen vermerkt.⁶⁴ Der zuständige Fachreferent schlug weiterhin vor, daß auch Fachvertreter nach Trier entsendet werden sollten, die von ihren westdeutschen Kollegen bislang kaum als solche betrachtet worden waren, nämlich „die Genossen der Parteihochschule“. Vorausschauend forderte die Abteilung zudem, „eine offensive Argumentation zu der Gründung der Historiker-Gesellschaft aus[zuarbeiten, denn die westdeutschen Leute werden uns natürlich angreifen.“ Nur beiläufig erwähnte der Fachreferent, daß die „Zusammensetzung der Delegation ... auch so sein (muß), daß wir in Trier wissenschaftlich etwas aussagen können.“⁶⁵ Durch sein ungeschicktes Vorgehen auf dem Trierer Historikertag übernahm so der VHD die Verantwortung für einen auch institutionellen Bruch zwischen den beiden deutschen Geschichtswissenschaften, der im Grunde weit mehr den Interessen der SED-Führung entsprach.⁶⁶

Bekanntlich hatte sich die westdeutsche Verbandsführung infolge des Freitods Willy Flachs im April 1958 und der gegen „republikflüchtige“ DDR-Historiker schwebenden Maßnahmen der DDR-Universitäten⁶⁷ zu entschlossener Abwehr eines Angriffs auf die Freiheit der historischen Wissenschaft veranlaßt gesehen und eine Erklärung vorbereitet, die die Aufhebung der wissenschaftlichen Freizügigkeit in der DDR beklagte und jede Form von Gemeinschaft mit den Trägern dieses Kurses für unmöglich erklärte.⁶⁸ Da die Erklärung erst in Trier veröffentlicht wurde, als die DDR-Delegation bereits angereist und angemeldet war, kam es auf dem Historikertag zum öffentlichen Eklat, als die Verbandsführung Leo Stern, Max Steinmetz und Ernst Engelberg als „Gruppe unbedingt unerwünschter kommunistischer Historiker“⁶⁹ das Wort verbot. Die DDR-Delegation reiste unter Hinterlassung zweier Protestnoten ab, deren eine die Ausschlußerklärung des VHD als „Dokument der psychologischen Kriegführung gegen die DDR und die sozialistischen Staaten“ bewertete. Sie bewiese erneut, „daß die behauptete ‘Einheit der deutschen Wissenschaft’ eine Fiktion ist.“⁷⁰

Noch deutlicher wurde die rein taktische Form dieser Entrüstung in der zweiten Protestnote, der zufolge die „unwürdige Handlungsweise maßgebender westdeutscher Historiker [...] erneut bestätigte, daß auf dem Boden der Bundesrepublik ein echter wissenschaftlicher Meinungs-austausch unmöglich ist“.⁷¹ Auch in der Folgezeit nutzten offiziöse Verlautbarungen den propagandistischen Vorteil des Trierer Eklat, um in nach außen gerichteten Verlautbarungen auf die Einhaltung wissenschaftlicher Spielregeln zu dringen, die im intern etablierten Wissenschaftsverständnis längst außer Kraft gesetzt worden waren. So argumentierte eine von Professoren und Studenten der Fachrichtung Geschichte an der Universität Jena unterzeichnete Protestadresse an den VHD: „Die Trierer Vorkommnisse führen nur zu einer weiteren geistigen Isolierung der Westzonen-Historiographie. Wir bedauern dies insofern, als wir uns für eine gesamtdeutsche wissenschaftliche Entwicklung verantwortlich fühlen, die zweifellos nicht durch Historiker bestimmt werden wird, die Andersdenkende verunglimpft und mundtot machen.“⁷² Auf einer nach der Rückkehr aus Trier anberaumten Beratung der Delegation mit der Abteilung Wissenschaften wurde festgelegt, daß in „allen noch bestehenden gesamtdeutschen Verbänden und Gremien [...] die Aufhebung des provokatorischen Beschlusses von Trier gefordert werden [muß]. Es kommt darauf an, den Gegensatz zwischen den reaktionären Historikern [...] und denjenigen, die zu wissenschaftlichen Gesprächen bereit sind, zu vertiefen.“⁷³ Weiterhin wurde die Erstellung einer Broschüre vereinbart, „in der unsere bisherigen Bemühungen hinsichtlich der gesamtdeutschen Beziehungen auf dem Gebiet der Ge-

schichtswissenschaft sowie die Ereignisse in Trier behandelt und dokumentarisch belegt werden sollen.“ Intern jedoch wurde Trier zum willkommenen Hebel, um das eigene Wissenschaftssystem durch forcierte Abgrenzung von der Westkonkurrenz zu stabilisieren. Die Historiker-Gesellschaft, die die Ereignissen in Trier geschickt zur Stärkung der eigenen Stellung in der DDR zu nutzen vermochte,⁷⁴ sollte fortan „bei der Entscheidung über die Archivbenutzung durch westdeutsche Historiker hinzugezogen werden“.⁷⁵ Auch die eigene Historikerschaft konnte unter Ausnutzung des Trier-Effekts zu größerer Einheitlichkeit veranlaßt werden. Das Auftreten der Althistorikerin Charlotte Welskopf, die als einziges Mitglied der DDR-Delegation einen wissenschaftlichen Beitrag auf dem Trierer Historikertag geleistet hatte, „war nicht ganz richtig, da niemand hätte zu wissenschaftlichen] Fragen sprechen dürfen, bevor zur Provokation Stellung genommen war“, wie das Stenogramm der Beratung festhielt.⁷⁶ Man war sich über die Notwendigkeit einig, „bereits in den nächsten Wochen ein reges wissenschaftliches Leben in Form von öffentlichen Diskussionen, kleineren Tagungen usw. zu entfalten. Alle Institute sollen bis zur nächsten Woche mitteilen, was sie in dieser Beziehung vorhaben.“ Und: „Beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen muß im Beirat auf die bürgerlichen Historiker eingewirkt werden, um sie zu einer Stellungnahme zu Trier zu veranlassen.“⁷⁷

Die im Sommer 1958 innerhin 55 Historiker zählende Schar ostdeutscher Mitglieder des DHV⁷⁸ trat noch im selben Jahr fast ausnahmslos aus dem VHD aus. Im Auftrag der DHG gab Engelberg die sorgsam mit dem ZK-Apparat abgestimmte Schrift „Trier – und wie weiter?“⁷⁹ heraus, auf deren zügiges Erscheinen „von entscheidender Stelle größter Wert“⁸⁰ gelegt worden war. Sie machte den Standpunkt der DDR-Seite mit einer Auflage von 7000 Stück öffentlich, von denen 3500 in die Bundesrepublik verschickt wurden⁸¹ und bei westdeutschen Lesern neben entschiedener Ablehnung auch durchaus verständnisvolle Reaktionen hervorriefen.⁸²

Der nach Ullrich vorbereitete und in Trier vollzogene Bruch mit der westdeutschen Geschichtswissenschaft beseitigte ein zentrales Hindernis, das sich der ungestörten Errichtung einer „parteilichen Geschichtswissenschaft“ in der DDR in den Weg gestellt hatte. Im gleichen Atemzug verlor die im westlichen Teil Deutschlands betriebene Geschichtsforschung und -lehre ihre Bedeutung als Adressat und Prüfstein der Überlegenheit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung im historischen Denken. Benötigt wurde sie von nun an primär als sinnstiftendes Feindbild mit integrativer Funktion für den DDR-internen Geschichtsdiskurs, um dessen Geltungskraft in der eigenen Historikerschaft zu erhöhen. In den Denkstrukturen dieses Diskurses aber bedurfte es nur einer Projektion des eigenen

Selbstverständnisses, um dem Gegner den Bruch von Trier vorzuhalten und sich gleichzeitig gegen seine wissenschaftlichen Kooperationsbemühungen abzusichern: „Die Provokationen in Trier gegenüber uns marxistischen Historikern hatten auch den Zweck, jede ernste Auseinandersetzung mit dem Marxismus [...] als nicht gesellschaftsfähig zu diffamieren [...]. Für die Nato-Historiker erschienen die Kontakte mit den Marxisten so lange nützlich, als sie noch glaubten, sie könnten uns ideologisch aufweichen.“⁸³

Auf eben diese 'ideologische Aufweichung' schien sich die Aufmerksamkeit der DDR-Historiographie für ihr westdeutsches Pendant in den folgenden Jahren zu reduzieren, und zwar in doppelter Hinsicht, nämlich im Versuch der propagandistischen Außenwirkung ebenso wie im Bemühen, die eigene Disziplin gegen westliche Herausforderungen nach Möglichkeit zu immunisieren. Im Ergebnis des Internationalen Historikerkongresses von Stockholm 1960 hielt eine Auswertungsbesprechung in der Abteilung Wissenschaften fest: „Die Kontakte mit westlichen (nicht westdeutschen) Historikern sind so stark wie möglich zu fördern. [...] Kontakte mit Westdeutschen in bezug auf ihre Aufrechterhaltung gründlich überprüfen.“⁸⁴ Besonders das Verhalten der DDR-Archivare gab in Stockholm offenbar Anlaß zur Besorgnis: „Es besteht der Eindruck, daß sie es nicht immer fertiggebracht haben, den richtigen Kontakt herzustellen. [...] Z. B. wurde festgelegt, daß man die Republikflüchtigen Höß, Hausherr usw. nicht grüßt. Das ist nicht gesehehen.“⁸⁵ Rügen zu müssen meinte die Abteilung Wissenschaften aber auch Leo Stern, dessen Rede „Elemente der Verkleisterung des Gegensatzes zwischen uns und den Vertretern der reaktionären westdeutschen Geschichtsschreibung“ enthalten habe.⁸⁶ Offenbar war es den Geschichtsfunktionären des ZK-Apparats nicht gelungen, die gewünschte Abgrenzung ihrer Historiker vollständig durchzusetzen. Doch bedeuteten die kleinen Widersetzlichkeiten von Stockholm durchaus keine Aufgabe der Maximen einer parteilichen Wissenschaft und die Rückkehr zu den Ideen von Ulm und ihrem Konzept einer Einheit in der Teilung. Vielmehr übersah die Abteilung Wissenschaften geflissentlich, daß auch eine sozialistische Geschichtswissenschaft sich ihres wissenschaftlichen Geltungsanspruchs über das eigene Lager hinaus keineswegs begeben konnte, ohne an ihrem Selbstverständnis als Wissenschaft Schaden zu nehmen. Entsprechend seiner Rolle als Mittlerin zwischen der Parteiführung und den institutionalisierten Wissenschaftsdisziplinen drängte der SED-Apparat auf die möglichst bedingungslose Anpassung der von ihm kontrollierten Historikerschaft unter die Anforderungen der – wechselnden – Parteilinie. Im theoretischen Diskurs der sozialistischen Geschichtswissenschaft war die Verklammerung der politischen Forderungen der Ein-

heitspartei mit dem fachlichen Leistungsanspruch der sozialistischen Geschichtswissenschaft grundsätzlich für möglich erklärt worden; in der Praxis aber tendierte der SED-Apparat dazu, die Lösung dieser Aufgabe möglichst an die Historiker selbst zu überweisen.

Ein instruktives Beispiel dieses Interessengegensatzes auf dem Boden auch einer parteiloyalen Geschichtswissenschaft bot der nächste deutsche Historikertag in Duisburg 1962, zu dem Historiker aus der DDR gar nicht erst eingeladen worden waren.⁸⁷ Daß der westdeutsche Verband nach dem Trierer Eklat auch seinerseits keine Anstalten zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Kontakte traf, wirkte sich zwar zugunsten einer ungestörten Entwicklung der historischen Herrschaftswissenschaft in der DDR aus, tangierte aber gleichzeitig deren Selbstverständnis als Herrschaftswissenschaft. Bedauernd mußte noch im Juli 1964 der Sekretär der DHG feststellen: „Mit Ausnahme des Hansischen Geschichtsvereins [...] gibt es seit dem in Trier provozierten Abbruch der Beziehungen zwischen den Historikern beider deutscher Staaten keine offiziellen Beziehungen wissenschaftlicher Institute oder der Deutschen Historiker-Gesellschaft zu wissenschaftlichen Instituten oder zum westdeutschen Historiker-Verband. Einladungen von unserer Seite an Institute oder Institutionen sind ignoriert worden.“⁸⁸ So mußte sich die DDR-Seite damit begnügen, über die Deutsche Historiker-Gesellschaft einen Aufruf „An alle westdeutschen Historiker und Geschichtslehrer“ zur Stellungnahme gegen die friedensgefährdende Politik der Regierung Adenauer zu lancieren, um dessen inhaltliche Gestaltung sich zuvor allerdings eine interne Auseinandersetzung entsponnen hatte.

Dieser Aufruf, der die Fachkollegen aus der Bundesrepublik dazu aufforderte, sich gegen die Bundesregierung zu stellen und „in einer öffentlichen Manifestation die internationale Entspannung und damit auch das Ende des Kalten Krieges in Deutschland zu fordern“,⁸⁹ war in seinem ersten Entwurf von führenden DDR-Historikern abgelehnt worden, weil „Stil und Form [...] nicht dem Zweck (entsprechen), der mit diesem Brief erreicht werden soll“.⁹⁰ In ihrer wissenschaftlichen und politischen Haltung durchaus unterschiedliche Vertreter ihres Fachs stimmten in der Ansicht überein, daß die Westdeutschen nicht geschulmeister werden dürften, wenn „wir von ihnen eine Stellungnahme wünschen [...]. Es muß ein Ton gefunden werden, der unsere Achtung ihnen gegenüber zum Ausdruck bringt und damit beweist, daß wir mit ihnen diskutieren wollen.“⁹¹

Engelberg als Präsident der DHG suchte zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen zu vermitteln. Auch er bekannte gegenüber dem Abteilungsleiter Wissenschaften des ZK, Johannes Hörnig, „in einer innerlich zerrissenen Situation“ zu sein – wenn auch aus anderen Gründen als die Kritiker des Aufrufs: „Auf der einen Seite sollen wir an alle Historiker in

Westdeutschland appellieren und sie zu einer Sinnesänderung aufrufen, auf der anderen Seite können grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten beim besten Willen nicht aus dem Weg geschafft werden.“⁹² Immerhin konnte er melden, daß trotz ihrer Bedenken alle Kritiker den Entwurf dennoch unterzeichnet hätten – mit Ausnahme von Lothar Berthold. „Unverantwortlich“, notierte Hörnig empört an den Rand von Engelbergs Meldung und stellte klar, daß der Aufruf nach Westdeutschland in Wirklichkeit auf die Geschlossenheit der eigenen Historiographie ziele: „Zuerst geht es bei dem Brief [an die westdeutschen Historiker; M. S.] mal um die Verantwortung *unserer* Hist[oriker]. Warum begreift man das nicht?“⁹³

Die in eine historische Legitimationswissenschaft verwandelte Fachhistorie der DDR war nicht das monolithische Gebilde, als das es den Delegierten des Duisburger Historikertages erschien, die den schließlich in der von Hörnig verlangten Form abgeschickten Aufruf brüsk zurückwiesen. Auch das ihr aufgeherrschte Selbstverständnis einer parteilichen Wissenschaft ließ die instrumentelle Unterordnung unter die Politik der SED auf Dauer nur glanzwürdig erscheinen, wenn der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft ihre grundsätzliche Überlegenheit gegenüber allen Spielarten „bürgerlicher“ Geschichtsschreibung zu demonstrieren erlaubt war – sofern der Gegner sich dieser Konkurrenz nicht entzog. Um ihre Identität als „gebundene Geschichtswissenschaft“ (Ernst Schulin) zu wahren, bedurfte die DDR-Historiographie der strikten Abgrenzung von der westlichen Historiographie ebenso wie der permanenten Auseinandersetzung mit ihr. Erst aus diesem Widerspruch wird die zögerliche und uneinheitliche Ablösung der DDR-Geschichtswissenschaft von den deutschen Historikertagen zwischen 1949 und 1962 nachvollziehbar, die zudem ihre Innovationsfähigkeit in einer bloßen Kopie der 1958 verlassenen Organisationsformen der bürgerlichen Gegenwissenschaft erschöpfte. Hier lag zugleich die Ursache eines auch auf dem gemeinsamen Boden einer politischen Wissenschaft latent fortwirkenden Interessenkonfliktes zwischen der SED-Parteiführung und ihren Historikern um die Haltung gegenüber der westdeutschen Historikerschaft, der schon auf dem nächsten Historikertag in (West-)Berlin 1964 neu aufbrechen sollte. Welch innerer Legitimationsverlust mit ihm verbunden war, zeigte sich schließlich, als der historische Herrschaftsdiskurs in der DDR auf den unaufhaltsamen Zwang zur Öffnung seiner Barrieren in den achtziger Jahren nicht anders zu reagieren wußte als mit seiner eigenen Erosion.

Anmerkungen

- 1 Zu Gründung und Politik des VHD: W. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 159ff.
- 2 F. Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung (1945–1965), phil. Diss. Erlangen o.J., S. 62ff.
- 3 G. Ritter an Hermann Heimpel, 23. April 1951, zit. nach ebenda, S. 62, Anm. 1.
- 4 Eine Ausnahme bildet der Bericht von W. Markov, Zur Krise der deutschen Geschichtsschreibung, in: Sinn und Form 2 (1950), H. 2, S. 109-156.
- 5 HZ 173 (1952), S. 215.
- 6 Ebenda.
- 7 Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 73 u. 76.
- 8 Die 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen, Beiheft zur Zeitschrift „Geschichtswissenschaft und Unterricht“, Stuttgart 1954.
- 9 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/151, K. Griewank, Bericht über den Besuch des Historikertages in Bremen, 3. Oktober 1953.
- 10 Ebenda.
- 11 Ebenda, Hans Hausscherr, Der deutsche Historikertag Bremen 1953.
- 12 Vgl. W. Schmidt, Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft, in: ZfG 31 (1983), S. 291-312, hier S. 294.
- 13 Weser-Kurier, 15. September 1953.
- 14 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/151, Fritz Klein/Joachim Streisand, Der Bremer Historikertag 1953, o.D.
- 15 Ebenda.
- 16 Ebenda.
- 17 Ebenda.
- 18 Ebenda, [Heinz Kamnitzer,] Historikertag 1953 in Bremen.
- 19 Ebenda, Fritz Klein/Joachim Streisand, Der Bremer Historikertag 1953.
- 20 Ebenda. Mit ihrer letzten Feststellung wandten die Autoren sich gegen eine Bemerkung Kurt Hagers – damals Leiter der Abteilung Propaganda im ZK der SED –, der auf der ersten zentralen Tagung der DDR-Historiker im Juni 1952 gefragt hatte, „ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, wo man in der Deutschen Demokratischen Republik zur Schaffung einer Historischen Gesellschaft, einer Vereinigung unserer Historiker“ kommen solle. Zit. nach H. Heinz, Die erste zentrale Tagung der Historiker der DDR 1952, in: ZfG 26 (1978), S. 387-399, hier S.398.
- 21 Ebenda.
- 22 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/151, Gerhard Schilfert, Der 39. deutsche Archivtag und die 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen, 13. Oktober 1953
- 23 Ebenda.
- 24 Ebenda, Fritz Klein, Der 22. Deutsche Historikertag; vgl. ders., Der 22. Deutsche Historikertag in: ZfG 1 (1953), S. 905-908.
- 25 HZ 177 (1954), S. 439.
- 26 „Vom Referenten war vor allem bekannt, daß er in den Jahren von 1933 bis 1945 mit besonderem Eifer den imperialistischen Anspruch auf deutsche Oberhoheit in Osteuropa erhoben hatte. Er suchte durch seine Hinweise auf kulturelle Leistungen die deutsche Hegemonie auch dort zu rechtfertigen, wo die politische Macht noch

- nicht vorgedrungen oder zurückgedrängt worden war.“ (Heinz Kamnitzer, Zum Vortrag von Th. Schieder „Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus“, in: ZfG 1(1953), S. 909-912, hier S. 912).
- 27 Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945 (Anm. 1), S. 190.
- 28 Gerhard Ritter an Hermann Aubin, 16. April 1954, zit. nach Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 84f.
- 29 HZ 177 (154), S. 151f
- 30 Heinz, Die erste zentrale Tagung (Anm. 20), S. 392 u. 390.
- 31 Ebenda, S. 392.
- 32 Zit. nach: Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZfG 3 (1955), S. 507-527, hier S. 507.
- 33 BA-SAPMO, Dy 30 IV 2/9.04/90, Protokoll von der Beratung mit den Historikern, 27. September 1955.
- 34 Ebenda, 4. Entwurf [des Geschichtsbeschlusses], S. 4.
- 35 Ebenda, Alfred Meusel, [Einwände zum Geschichtsbeschluss], 26.4.1955.
- 36 Ebenda, 143, Unsere Aufgaben auf dem X. Internationalen Historikerkongreß in Rom, o.D.
- 37 Ebenda.
- 38 Ebenda.
- 39 Ebenda, Heinz Königer, Bericht über den X. Internationalen Historikerkongreß in Rom vom 4.-11. September 1955, 23. September 1955.
- 40 Ebenda.
- 41 Ebenda, SED-Hausmitteilung, 23. September 1955. Schwerer wog noch ein anderer Befund: „Da wir auch in einer Artikelserie im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens, der ‘Unità’, die Tatsache der Anwesenheit einer Delegation der DDR nicht vermerkt gefunden haben (an einer einzigen Stelle wird Professor Schreiner genannt, und zwar heißt es dort einfach ‘der Deutsche Schreiner’), ist die Frage aufzuwerfen, ob von seiten der Delegation alles getan wurde, um als Delegation der Historiker aus der DDR aufzutreten.“ Ebenda.
- 42 42 Ebenda, 151, Abt. Wissenschaft und Propaganda, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, 14. August 1956.
- 43 H. Grundmann, Der 23. Deutsche Historikertag in Ulm, in: HZ 183 (1957), S. 741-744, hier S. 742. Vgl. auch A. Timm, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945, Bonn ³1961, S. 44.
- 44 Ebenda.
- 45 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm, in: ZfG 4 (1956), S. 1255.
- 46 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm, in: ZfG 5 (1957), S. 124-146, u. S. 325-352.
- 47 Ebenda, S. 126.
- 48 Ebenda.
- 49 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (O) 1978, S. 361.

- 50 E. Hoffmann, Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen, in: *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus* 12 (1957), S. 1146-1163, hier S. 1150.
- 51 Ebenda, S. 1151.
- 52 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/).04/151, Alfred Meusel an Ernst Diehl, 6. Dezember 1956.
- 53 Ebenda.
- 54 Ebenda.
- 55 Ebenda.
- 56 Zur DHG liegen bisher nur Arbeiten aus dem hagiographischen Kontext der in der DDR selbst betriebenen Historiographiegeschichte vor: H. Haun, Die Entstehung und Gründung der Deutschen Historiker-Gesellschaft. Probleme der Kooperation und Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, Diss B. Berlin 1984; ders., Zur Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR. Der Gründungsprozeß (1952-1958) und die Gründungskonferenz der Historiker-Gesellschaft der DDR, in: *Wiss. Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR*, 3/1985, S. 9-44, und 1/1986, S. 5-42.
- 57 „Der Beschluß des Zentralkomitees schlägt weiter vor, daß im Jahr 1955 und in der ersten Jahreshälfte 1956 im Zusammenhang mit der Entfaltung der Diskussion über das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes die *Gründung einer Gesellschaft der Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik* vorbereitet wird.“ Die Verbesserung der Forschung und Lehre (Anm. 32), S. 521. (Hervorhebung im Original).
- 58 Haun, Der Gründungsprozeß (Anm. 56), S. 22.
- 59 Ebenda.
- 60 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/119, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, 4. Februar 1958. Von dem zunächst vorgesehenen Gründungsdatum November 1957 gelegentlich des vierzigsten Jahrestages der russischen Oktoberrevolution war man abgekommen, „um jede feindselige Auslegung in dieser Frage zu unterbinden“. Ebenda, Betr.: Gründung der Historiker-Gesellschaft, 23. Januar 1958.
- 61 Ebenda, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, 4. Februar 1958. In der ursprünglichen Fassung hatte die zitierte Passage noch unverstellter gelautet: „Die ‚Deutsche Historiker-Gesellschaft‘ soll eine klare Abgrenzung gegenüber den westdeutschen Historikern ausdrücken. Mit ihrer Gründung sollen die Historiker gleichzeitig gezwungen werden, selbst eine klare Entscheidung in ihrer Stellung gegenüber der westdeutschen Geschichtsschreibung und ihren Vertretern zu treffen.“
- 62 Ebenda, Gekürztes Protokoll der Präsidiumssitzung, 29. April 1958.
- 63 Ebenda, 151, Aktennotiz, 11. Juni 1958.
- 64 Ebenda, Mitteilung an die Abteilungsleitung, 3. Juli 1958. Tatsächlich wurden später beide von der Liste gestrichen. Ebenda, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, o.D.
- 65 Ebenda, Mitteilung an die Abteilungsleitung, 3. Juli 1958.
- 66 Zu den Vorgängen vor und in Trier vgl. Worschech, *Der Weg* (Anm. 2), S. 188ff., und Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (Anm. 1), S. 187ff.

- 67 Irmgard Höß hatte im August 1958 der Verbandsleitung über Bestrebungen berichtet, ihr und anderen Geflohenen den Doktorgrad zu entziehen. Vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft (Anm. 1), S. 196.
- 68 Die Erklärung ist abgedruckt in: 24. Versammlung deutscher Historiker in Trier. Beiheft zur Zeitschrift „Geschichtswissenschaft und Unterricht“, Stuttgart 1959.
- 69 So die Formulierung von Gerhard Ritter, zit. nach Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 201.
- 70 Zit. nach ebenda, S. 218.
- 71 Zit. nach ebenda, S. 220.
- 72 Zit. nach ebenda, S. 229, Anm. 2.
- 73 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/151, Aktennotiz, 15. Oktober 1958.
- 74 „Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Autorität der Hist.-Ges. zu erhöhen?“ wurde am Anfang einer Beratung der nach Trier entsandten Delegation der Historiker-Gesellschaft vom 10. Oktober 1958 gefragt. Man einigte sich darauf, daß das „Ergebnis der Ereignisse in Trier [...] eine sichtbare Stärkung der Deutschen Historikergesellschaft sein [muß] (z.B. Werbung neuer Mitglieder im Zusammenhang mit der Diskussion über Trier).“ Zusätzlich wurde der ZfG die Aufgabe aufgelegt, „die Autorität der Deutschen Historikergesellschaft dadurch zu stärken, daß sie regelmäßig über die Arbeit der Gesellschaft, über die Arbeitsgruppen usw. berichtet.“ Ebenda, Dy 30/IV 2/9.04/151, Aktennotiz, 15. Oktober 1958. Ein später vom Präsidium der DHG eingebrachter Vorschlag, die ZfG ganz in ein Organ der DHG umzuwandeln, scheiterte allerdings schon im Ansatz. Ebenda, 119, Vorschlag der Parteigruppe des Präsidiums der Deutschen Historiker-Gesellschaft an die Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, o.D.; SED-Parteigruppe des Präsidiums der DHG, Beschlußprotokoll der Sitzung vom 22. Februar 1960.
- 75 Ebenda, 151, Aktennotiz, 15. Oktober 1958.
- 76 Ebenda, Auswertung der Trierer Tagung, 10. Oktober 1958.
- 77 Ebenda, Aktennotiz, 15. Oktober 1958.
- 78 Ebenda, 119, DDR-Mitglieder im westdeutschen Historiker-Verband.
- 79 Berlin (O) 1959.
- 80 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW), HG 158, Rolf Rudolph an Leo Stern, 19. Dezember 1958.
- 81 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/119, Für Information des Sektors an das Sekretariat, 2. April 1959.
- 82 Vgl. Die Briefreaktionen westdeutscher Fachkollegen wie Georg v. Rauch und Fritz Fischer in: ebenda, 119 u. 151.
- 83 E. Engelberg, NATO-Politik und westdeutsche Historiographie über die Probleme des 19. Jahrhunderts, in: ZfG 7 (1959), S. 477-493, hier S. 479.
- 84 SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/144, Protokoll der Auswertung des XI. Internationalen Historiker-Kongresses in Stockholm, 30. August 1960.
- 85 Ebenda.
- 86 Ebenda.
- 87 Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 262f.
- 88 ABBAW, HG 158, Ernst Laboor an Ernst Engelberg, 7. Juli 1964.
- 89 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/121, Aufruf der Deutschen Historiker-Gesellschaft an die westdeutschen Historiker, o.D., ebenda.

- 90 Ebenda, Zusammenfassende Bemerkungen der Professoren Ernst Hoffmann, Albert Schreiner, Jürgen Kuczynski, Eckhard Müller-Mertens und Lothar Berthold zum Aufruf der Historiker-Gesellschaft an die westdeutschen Historiker, 1. Juni 1962.
- 91 Ebenda.
- 92 Ebenda, Ernst Engelberg an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 5. Juni 1962.
- 93 Ebenda (Hervorhebung im Original). Die Auffassung Hörnigs wurde dadurch gestärkt, daß gleichzeitig der Chefredakteur der ZfG in einer Stellungnahme das Programm des Duisburger Historikertages als „das raffinierteste, das je aufgestellt worden ist“, bewertete. Es handele sich um die erste Tagung, „die unter der direkten Leitung des führenden NATO-Historikers Hans Rothfels, Tübingen, stattfindet“. Ebenda, 151, Der Chefredakteur der ZfG an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 24. Juni 1962. Letztlich wurde der Aufruf daher in der vom SED-Apparat gewünschten Diktion versandt und machte es damit dem Vorsitzenden des VHD leicht, in seiner Eröffnungsrede zu erklären, daß eine offizielle Antwort sich erübrige, da ein Historikertag kein „Forum für politische Proklamationen“ sei. Zit. nach Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 264.